

überbot 300 Arbeitseinheiten und Einzelpersonen. Die Gebote begannen bei 150.000 Yuan. Als die Abteilung für Ingenieurwesen des Gasversorgungsunternehmens 200.000 Yuan bot, fiel der Hammer des Auktionators.

Für einige der Arbeiter der in Konkurs gegangenen Firma war der Verlust ihres Arbeitsplatzes nicht notwendigerweise eine schlimme Sache. Einer davon ist Song Guirong, 42 Jahre alt, der nun Kleider verkauft. Wie er der Nachrichtenagentur Xinhua mitteilte, verdiene er nun mehrfach so viel wie in der Fabrik.

Nach dem Konkursfall wurde 20 von den 71 Arbeitern gestattet, in Pension zu gehen, 20 wurden auf ihre Bitte hin in andere Unternehmen transferiert. Ein geistig behinderter Mann erhält aufgrund seiner Behinderung 40% seines Lohnes. Die übrigen 30 müssen jedoch selbst nach Arbeitsplätzen Ausschau halten. Um ihnen bei der Arbeitssuche zu helfen, stellt die Stadtregierung jedem, der ein privates Geschäft aufmachen will, einen zinsfreien Kredit in Höhe von 500 Yuan zur Verfügung.

Entsprechend den lokalen Konkursregelungen werden die Arbeitslosen 75% ihrer ursprünglichen Löhne während der ersten sechs Monate erhalten. Wenn sie immer noch arbeitslos sind, werden sie vom siebenten Monat an eine feste Entschädigungssumme von der Versicherungsgesellschaft erhalten. Nach 24 Monaten werden sie Sozialhilfe von der Abteilung für Zivile Angelegenheiten erhalten.

Die Fabrik pflegte die medizinische Behandlung der Arbeiter zu tragen, doch nach dem Konkurs müssen die Arbeiter dafür selbst zahlen. Die Regierung der Stadt plant nun, die vor dem Konkurs fällig gewordenen medizinischen Gebühren zu bezahlen.

Einige der arbeitslos gewordenen Arbeiterinnen und Arbeiter haben eine schlimme Zeit. Eine von ihnen ist Yin Yingshan, die arbeitslose stellvertretende Direktorin der in Konkurs gegangenen Fabrik. Zusätzlich zu ihrem schlechten Gewissen wegen des Konkurses befindet sie sich nach eigener Aussage in finanziellen Schwierigkeiten. Ihr Monatseinkommen wurde von 72 Yuan auf 54 Yuan reduziert. Sie und ihr Ehemann, der 104 Yuan pro Monat verdient, müssen einen Sohn und eine Tochter unterhalten. (XNA, 25.9.86; zit. nach SWB, 2.10.86; XNA, 13.10.86, Zit. nach SWB, 16.10.86) -lou-

\*(46)

#### Getreideankaufsystem wird verbessert

Nach wie vor betrachtet die Führung die Entwicklung der Getreideproduktion mit einer gewissen Sorge. So hieß es beispielsweise in einem Kommentar der Volkszeitung, daß noch viel Arbeit zu tun sei, um die folgenden Produktionsziele zu erreichen: 450 Mio.t Getreide im Jahre 1990 und 500 Mio.t Getreide im Jahre 2000.

Ein am 20.10.1986 veröffentlichtes Rundschreiben des Staatsrates sieht vor, daß die Regierung allen Farmhaushalten 60 kg Kunstdünger sowie 30 kg Diesel für jede Tonne Getreide, die an den Staat geliefert wird, zur Verfügung stellen will. 20% des Getreidewertes, den die Haushalte an den Staat verkaufen, werden sie bereits als Vorauszahlung erhalten können. Nach dem neuen Vertragssystem müssen die Bauern nur eine bestimmte Menge Getreide an den Staat zu einem Festpreis verkaufen. Darüber hinaus kann das Getreide zu Marktpreisen an jedermann verkauft werden. Die Verträge werden dann abgeschlossen, wenn die Agenturen der Zentralregierung die Jahresquoten für die verschiedenen Gebiete festgelegt haben. Danach setzen Ausschüsse der Bauern jeweils die Mengen fest, die die individuellen Haushalte zu liefern haben, um diese Quoten zu erfüllen. Die Mengen der individuellen Haushalte basieren auf der Größe des Farmlandes.

In dem Rundschreiben hieß es, daß die Quoten für die individuellen Haushalte für das Jahr 1987 die gleichen sein werden wie für das Jahr 1986. Weiterhin hieß es, daß der Staat selbst Marktpreise für den sogenannten Überquotenweizen zahlen wird. (RMRB, 8.10.86; XNA, 21.10.86) -lou-

\*(47)

#### Suzhou-Fluß soll gereinigt werden

Die schwarzen und stinkenden Gewässer des Suzhou-Flusses, der durch Shanghai fließt und in den Huangpu einmündet, sollen mittels eines großen Reinigungsprogramms geklärt werden. An der Einmündung des Suzhou-Flusses in den Huangpu kann man beobachten, wie das schwarze und übelriechende Wasser des Nebenflusses in das trübe Wasser des Hauptflusses einmündet. Der Suzhou-Fluß ist seit den 1920er Jahren schwer verschmutzt. 47% der industriellen Abwässer der Stadt aus den Fabriken der Vorstadt werden in den Suzhou-Fluß eingeleitet.

Mit Hilfe eines Kredites von der Weltbank in Höhe von 100 Mio.US\$ wird das Reinigungsprojekt zu ei-

nem der größten Projekte, das die Stadt je unternommen habe, so ein zuständiger Funktionär in Shanghai. Die Arbeiten sollen im Jahre 1987 beginnen. Nach der Fertigstellung im Jahre 1992 soll der jetzt schmutzige und stinkende Fluß wieder Wasserqualitäten haben, die von der staatlichen Behörde für Entwässerung festgesetzt worden sind. Seit 1983 hat die Stadtregierung 50 chinesische und australische Experten eingeladen, um die besten Methoden zu studieren, wie der Fluß zu reinigen sei. Die Stadtregierung hat bereits mehr als 100 Berichte erhalten.

Nach Aussagen des Funktionärs sollen entsprechend dem gegenwärtigen Plan die industriellen Abwässer und das Schmutzwasser, die in den Suzhou-Fluß fließen, gereinigt werden. Das gereinigte Wasser wird dann mittels eines Rohres, vier Meter im Durchmesser, zur Mündung des Yangzi umgeleitet. Das Projekt wird auch anderen Küstenstädten in China Erfahrungen zur Reinigung der Abwässer liefern können. (XNA, 25.10.1986) -lou-

#### TAIWAN

\*

\*

\*\*\*\*\*

\*(48)

#### Zurückhaltendes Engagement deutscher Investoren in Taiwan

Nach einem Bericht des Handelsblattes (25./26.10.86) hat Taiwan bislang 5,4 Mrd.US\$ ausländische Investitionen aufgenommen, davon kamen ein Drittel aus den USA und ein Viertel aus Japan. Die 25 auf der Insel engagierten bundesdeutschen Unternehmen, die im letzten Jahr mit 1.000 Mitarbeitern rund 400 Mio.DM umsetzten, sind am gesamten ausländischen Investitionsvolumen dagegen nur mit 93 Mio.DM (rund 45 Mio.US\$ nach dem gegenwärtigen Wechselkurs) beteiligt. Als Grund für das zurückhaltende Engagement der deutschen Investoren nannte die Zeitung die Befürchtung vieler Unternehmen, daß ein Engagement in Taiwan die Chancenmöglichkeit auf dem riesigen Markt des chinesischen Festlands mindern könnte.

Im Januar dieses Jahres hat der halbamtliche Vertreter Taiwans in Bonn, Shen Qi, in einer Rede vor dem Kontroll Yuan in Taipei die deutschen Investitionen in Taiwan auf 80 Mio.US\$ beziffert. Darüber hinaus haben 40 deutsche Firmen Beziehungen mit Taiwan in technischer Zusammenarbeit (ZYRB, 22.1.86).

Den Statistiken der Investitionskommission des Wirtschaftsministeriums Taiwans zufolge wurden in den

ersten acht Monaten d.J. 142 Investitionsanträge von Ausländern bzw. Auslandschinesen mit einem Gesamtwert von 306,48 Mio.US\$ genehmigt, von dem 97,65 Mio.US\$ oder 31,86% auf die elektronische und elektrische Herstellungsindustrie und 62,85 Mio.US\$ oder 20,51% auf die Maschinenbaubranche entfielen. Es liegen ferner 98 genehmigte Investitionsanträge im Wert von 63,83 Mio.US\$ von Amerikanern und 34 Investitionsanträge im Wert von 119,58 Mio.US\$ von Japanern vor (FCJ, 15.9.1986).

Laut Meldung der Central News Agency vom 24.September 1986 beliefen sich die japanischen Investitionen in Taiwan während der ersten neun Monate d.J. auf 141,94 Mio.US\$, was eine Zuwachsrate von 21,19% gegenüber dem Vergleichszeitraum des vorigen Jahres bedeutet. Mit 49,66 Mio.US\$ lag das Volumen der genehmigten japanischen Investitionen im dritten Quartal 1986 sogar um 188,31% höher als vor einem Jahr. Die rapide Steigerung japanischer Investitionstätigkeit in Taiwan in den letzten Monaten ist vor allem auf die starke Aufwertung des japanischen Yen gegenüber dem US\$ und den Boom der taiwanesischen Exportwirtschaft zurückzuführen.

Im Gegensatz zu den ausländischen Investitionen zeigte sich die Investitionstätigkeit der inländischen privaten Unternehmen weiterhin lustlos. Bei einer vom Büro für Industrieentwicklung des Wirtschaftsministeriums in Taipei durchgeführten Untersuchung erklärten 55% der 40 befragten größten Privatfirmen, sie hätten keine Expansionsabsichten für die kommenden fünf bis zehn Jahre. Nur 25% planten geringfügige Vergrößerungen ihrer Anlagen, 15% gaben an, sie überlegten eine Änderung ihrer Produktpalette und 5% wollten in den Handel einsteigen. Einer anderen Umfrage des Rates für Wirtschaftsplanung und Entwicklung zufolge neigen die taiwanesischen Firmen dazu, ihre Produktionslinie eher auszuweiten als sie zu modernisieren (Central News Agency, 22.9.86). In diesem Jahr werden die Investitionen voraussichtlich nur einen Anteil von 18,2% am BSP haben, d.h. den niedrigsten Stand seit Jahren (LHB, 11.10.86). -ni-

\*(49)

#### Neue Vereinbarung mit EG über Textilhandel

Zwischen den Vertretern Taiwans und der EG wurde vereinbart, die Regelung über den Textilhandel ab 1.Januar 1987 für weitere fünf Jahre zu verlängern. Laut neuer Vereinbarung darf Taiwan seine Textilexporte in den EG-Raum jährlich um 2,3% erhöhen. Seide und Leinen sind

von der Quote ausgenommen. Die 1977 von der EG einseitig angeordnete Maßnahme, die Bekleidungsimporte aus Taiwan um 25% zu reduzieren, wurde aufgehoben. Die Vertreter Taiwans empfanden Genugtuung darüber, daß Taiwan die gleichen Bedingungen wie Hongkong von der EG erhalten habe. Als Gegenleistung wurde von den EG-Vertretern jedoch von Taiwan verlangt, den taiwanesischen Markt für Tabak- und Alkoholwaren ihrer Mitgliedstaaten wie für die gleichen Waren aus den USA zu öffnen (LHB, 26.10.86).

In den ersten drei Quartalen des Jahres hat der Handel zwischen Taiwan und der EG gegenüber dem Vergleichszeitraum des vorigen Jahres mit 3,44 Mrd.US\$ um 44,4% zugenommen. Während die Exporte Taiwans nach den EG-Staaten mit 3 Mrd.US\$ um 53,7% gestiegen sind, wiesen die Importe Taiwans aus diesen Staaten mit 1,97 Mrd.US\$ ebenfalls eine Zuwachsrate von 32,2% auf (FCJ, 3.11.86). -ni-

\*(50)

#### Weitere Anzeichen innenpolitischer Liberalisierung

Am 7.Oktober, drei Tage vor dem Nationalfeiertag der Republik China in Taiwan, hat Staatspräsident Jiang Jingguo (Chiang Chingkuo) in einem Interview mit der "Washington Post" und "Newsweek" angekündigt, noch bald den vor fast vierzig Jahren verhängten Ausnahmezustand auf der Insel zu beenden und die Bildung neuer politischen Organisationen zu erlauben (LHB, 9. und 13.10.86). Allerdings, so Jiang, soll zunächst ein neues nationales Sicherheitsgesetz ausgearbeitet werden. Zu der Frage, wie lange es dauern werde, sagte der Präsident: "Wir hoffen, möglichst schnell. Der Exekutiv Yuan (das Kabinett) wird bald einen Gesetzentwurf unterbreiten. Es läßt sich nicht voraussagen, wie viel Zeit der Legislativ Yuan bis zur Verabschiedung des Gesetzes braucht. Wie in Ihrem Land (den USA, die Redaktion), muß es im Parlament debattiert werden." So ist denn auch kein Termin für eine Aufhebung des Ausnahmezustands ausgesprochen worden.

Über den Unterschied zwischen dem herrschenden Notstandsgesetz und dem geplanten nationalen Sicherheitsgesetz erklärte Jiang: "Unter dem Ausnahmezustand wurden in der Vergangenheit nichtmilitärische Personen wegen bestimmter Verbrechen vor dem Militärgericht vernommen und verurteilt. Nach Aufhebung des Ausnahmezustands werden zivile Personen nicht mehr vor ein Militärgericht gestellt. Gewisse Einschränkungen der persönlichen Freiheit werden aufgehoben.

Unter dem Ausnahmezustand werden bestimmte Vergehen, deren Definitionen undeutlich sind, schwer bestraft. In dem geplanten nationalen Sicherheitsgesetz werden sie deutlich definiert und auch milder bestraft."

Am 19.Mai 1949 hatte das Oberkommando der Region Taiwan infolge des Bürgerkriegs gegen die Kommunisten den Ausnahmezustand über die Insel verhängt, und am 2.November desselben Jahres erklärte der Exekutiv Yuan das Gesamtgebiet Chinas einschließlich der Insel Taiwan zum Kriegsgebiet (Jiezhandiqu). Seitdem befindet sich die Insel dauernd unter Notstandsgesetz, auch wenn der Bürgerkrieg praktisch längst zum Waffenstillstand gekommen ist. Zwar ist das alltägliche Leben der meisten Einwohner nicht besonders eingeeengt, und auf lokaler Ebene finden regelmäßig Wahlen statt, doch es gibt Pressezensur und das Verbot neuer politischer Parteien. In der Vergangenheit wurden auch viele Dissidenten vom Militärgericht als Rebellen zu langen Freiheitsstrafen verurteilt.

Eine Lockerung der politischen Zügel ließ sich schon während der letzten Monate erkennen. Im Mai d. J. fanden zweimal Gespräche zwischen Vertretern der Regierungspartei Guomintang (Kuomintang) und einigen führenden Oppositionspolitikern statt. Gleichzeitig haben die parteilosen Oppositionellen ihre Organisation "Forschungsgesellschaft der Parteilosen für öffentliche Politik" (Gongzhenghui) durch Gründung mehrerer Zweigstellen ausgebaut. Im Gegensatz zu früher wurde dies von der Regierung weder vorher verhindert noch nachher unterdrückt, obwohl sie die parteilose Organisation nach wie vor für illegal hält.

Am 20.Juni machte eine 12-köpfige Ad-hoc-Gruppe des Ständigen Ausschusses des ZK der Guomintang, die mit der Planung einer politischen Reform beauftragt worden war, die von ihr erarbeiteten Themen bekannt. Neben den Fragen des vierzig Jahre lang nicht erneuerten Staatsparlaments und der unvollständigen lokalen Wahlen stehen auch Überlegungen von Aufhebung des Ausnahmezustands sowie von Zulassung neuer politischer Organisationen auf der Tagesordnung zur Debatte (LHB, 21.6.86). Bis dahin waren all diese Fragen politisches Tabu.

Am 28.September wagten 135 Regierungsgegner, in Taipei eine neue Partei "Minzhu-jinbu Dang" (Demokratische Fortschrittspartei) zu gründen. Um der überraschenden Entwicklung zu begegnen, hat Präsident Jiang vom 29.September bis

1. Oktober führende Persönlichkeiten der Regierung, der Regierungspartei, des Militärs sowie der Sicherheitsbehörden zu außerordentlichen Sitzungen einberufen. Dabei soll er einen neuen Kurs zur politischen Liberalisierung und Demokratisierung angewiesen haben (Shibao Xinwen-zhoukan, 21.-27.10.86, S.14). Daraufhin hat die oben genannte 12-köpfige Ad-hoc-Gruppe am 4. Oktober die Prinzipien eines nationalen Sicherheitsgesetzes für die Zeit nach der Aufhebung des Ausnahmezustands beschlossen. Danach sollen Zivilpersonen nicht vor dem Militärgericht angeklagt werden. Außerdem war von den Freiheitsrechten der Bevölkerung auf Versammlung, Vereinigung, Petition und Demonstration mit Genehmigung der Sicherheitsbehörden die Rede. Über die Zulassung von neuen Parteien und deren politischen Aktivitäten wurde in dem Beschluß vorgeschlagen, "das Gesetz über Bevölkerungsorganisationen während der außerordentlichen Periode" und das "Wahlgesetz für die Periode der Mobilmachung zur Bekämpfung der Rebellion" zu verändern (LHB, 5.10.86). Der Beschluß bildete auch die Grundlage für Jangs Interview mit den amerikanischen Journalisten am 7. Oktober.

Jiang hat in seinem Interview drei Vorbedingungen für die Gründung neuer Parteien gemacht: Respektierung der Verfassung und des Staatssystems, Antikommunismus sowie Ablehnung des Separatismus-taiwanesischer Unabhängigkeitsbewegung. Am 15. Oktober fügte das Ständige Komitee des ZK der Guomintang in seinem Beschluß zur Ausarbeitung eines "nationalen Sicherheitsgesetzes für die Periode der Mobilmachung und Bekämpfung gegen die Rebellion" sowie eines "Gesetzes über Wahlen und Abberufungen für die Periode der Mobilmachung und Bekämpfung gegen die Rebellion" noch die Bedingungen hinzu, daß eine neue Partei die Politik zur Wiedervereinigung Chinas unter den "drei Volksprinzipien"-Lehre der Guomintang unterstützen und den Gesellschaftsfrieden sowie politische Stabilität fördern müsse. Darüber hinaus wurden in diesem Beschluß die politischen Freiheitsrechte nicht mehr erwähnt.

Bislang haben die Oppositionellen der Ehrlichkeit der Regierung oder der Guomintang in dem neuen Kurs auf Demokratisierung und Liberalisierung noch keinen rechten Glauben schenken wollen. Denn nach den genannten Bedingungen können nur Splitter- oder Satellitenparteien der Guomintang gegründet werden. Man hegt auch den Verdacht, daß die Regierung mit der Einführung eines neuen nationalen Sicherheitsgesetzes anstelle des herrschenden

Notstandsgesetzes nichts anderes als den alten Wein in eine neue Flasche füllen wolle. Im Mai und September wurden noch mehrere Oppositionelle verhaftet. Es gab seitens der Opposition eine Reihe von Demonstrationen gegen den politischen Einfluß auf die Justiz. Zwischen dem 30. September und dem 7. Oktober haben Justizminister Shi Qiyang und Ministerpräsident Yu Guohua bekräftigt, daß die Regierung keine neue Partei dulden werden. Nach dem genannten Interview des Präsidenten Jiang sagte dagegen Innenminister Wu Boxiong am 24. Oktober vor der Presse, daß die Regierung ihre Politik über Zulassung von neuen Parteien nicht ändern werde. Es müsse zunächst ein Gesetz geben, so der Minister, und eine politische Partei sei erst legal, wenn sie gesetzmäßig angemeldet werde. Er wolle die Gründung der neuen Demokratischen Fortschrittspartei nicht zur Kenntnis nehmen. Zu der Frage, ob sich die jetzt bestehenden drei Parteien - die Guomintang und zwei dieser nahestehende kleine Parteien, die Minshedang (Demokratisch-soziale Partei) und Qingniandang (Jugendpartei) - in Zukunft auch nach dem bevorstehenden Gesetz anmelden müssen, wich er einer konkreten Antwort aus und sagte nur, es werde geprüft (LHB, 25.10.86). -ni-

#### HONGKONG UND MACAU

\*

\*

\*\*\*\*\*

\*(51)

#### Überblick über die Wirtschaftslage Hongkongs

##### Außenhandel

Hongkongs Außenhandel hat im September einen Exportüberschuß in Höhe von 1,62 Mrd. HK\$ (7,8 HK\$ = 1 US\$) erzielt (im Vergleichsmonat des Vorjahres 1,05 Mrd. HK\$). Die Gesamtexporte betragen 25,07 Mrd. HK\$ (+30%), davon entfielen 13,94 Mrd. HK\$ (+27%) auf Ausfuhren einheimischer Produkte und 11,13 Mrd. HK\$ (+34%) auf Reexporte. Die Monatsimporte stiegen um 29% auf 23,45 Mrd. HK\$.

In den ersten drei Quartalen beliefen sich die Gesamtexporte auf 193,74 Mrd. HK\$ (+12%), davon 108,38 Mrd. HK\$ (+14%) auf Exporte einheimischer Produkte und 85,36 Mrd. HK\$ (+8,5%) auf Reexporte; die Importe lagen bei 194,44 Mrd. HK\$ (+15%). Im Vergleich zum Zeitraum des Vorjahres (Exportüberschuß von 4,63 Mrd. HK\$) ergab sich somit ein Defizit von 700 Mio. HK\$ (AWSJ, 27.10.86).

##### Inflation

Die Verbraucherpreise für Haushalte mit Monatsausgaben zwischen

1.000 HK\$ und 3.499 HK\$ stiegen gegenüber dem Vergleichsmonat des vorigen Jahres um 1,5% und für die mit Monatsausgaben zwischen 3.500 HK\$ und 6.499 HK\$ um 2,6% (AWSJ, 27.10.86). Im August nahm die Geldumlaufmenge (M3) gegenüber dem Vormonat um 2,3% und gegenüber dem Monat vor einem Jahr um 22% zu. Die Veränderung von M2 zeigte bei demselben Monatsvergleich eine Zunahme von 2,7% und beim Jahresvergleich eine Zunahme von 27,4%, und die von M1 ebenfalls eine Zunahme von 6,8% bzw. 14,7% (AWSJ, 8.10.86).

Gouverneur Edward Yonde sagte vor dem Legislativrat, daß die Regierung die Zunahme der öffentlichen Ausgaben in diesem Jahr die Grenze von 3% bis 4% nicht überschreiten lassen werde, obwohl dadurch ein unerwarteter Überschuß im Regierungsetat verursacht werden könnte (AWSJ, 9.10.86).

##### Registrierte Firmen

Ende September erhöhte sich die Zahl der in Hongkong registrierten Firmen um 5% auf 158.018, die Zahl der Filialen ausländischer Firmen sind um 4% auf 2.201 gestiegen. Allerdings fiel die Zahl der neu registrierten Firmen in der ersten Hälfte des laufenden Fiskaljahres, April-September, gegenüber dem gleichen Zeitraum vor einem Jahr um 16% auf 8.617 und deren nominales Kapitalvolumen sank ebenfalls um 16% auf 8,65 Mrd. HK\$ (AWSJ, 24.10.86).

##### Fremdenverkehr

In den ersten sieben Monaten hat Hongkong 1,98 Mio. Touristen empfangen, dies bedeutet eine Zunahme von 5,8% gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Für das gesamte Jahr wird eine Zunahme der Touristen von 6% erwartet (Hong Kong Trader, Nov./Dec. 86). -ni-

\*(52)

#### 3. chinesisch-portugiesische Verhandlungsrunde

Am 21. und 22. September fand die dritte Runde der chinesisch-portugiesischen Verhandlungen über die Zukunft Macaus in Beijing statt. In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es: "Beide Seiten haben in einer freundschaftlichen und harmonischen Atmosphäre weiter tiefgehende Diskussionen über die Kernfragen aller Tagesordnungspunkte geführt und haben umfassende Übereinstimmung erzielt. Beide Seiten haben beschlossen, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die den in den chinesisch-portugiesischen Erörterungen vorgelegten Entwurf für das Gesamtabkommen diskutieren und überprüfen bzw. abändern soll. Die Arbeitsgruppe wird in Kürze in Beijing ihre Arbeit